



Der Ausnahmezustand des Messias gegen den Ausnahmezustand der Angst

Anmerkungen zu einem notwendigen Aufarbeitungsprozess

Von: Wichard von Heyden, erschienen im Deutschen Pfarrerblatt, Ausgabe 6/2025

Für die kirchliche Aufarbeitung hat zunächst zu gelten: Wir können nicht von dem ausgehen, was man heute anhand der RKI-Files über das Wissen von damals weiß. Wir haben uns auf die Situation zu beziehen, in der wir mit dem Problem konfrontiert wurden. Der Eindruck war: Es gibt eine hochgradige Gefahr und die ergriffenen Maßnahmen sind im Grundsatz gegen diese Gefahr gerichtet und hoffentlich wirksam. Die Frage ist nun: Wie sind wir miteinander umgegangen? Haben wir Menschen im Stich gelassen? Haben wir unterschiedliches Leid und unterschiedliche Ängste gegeneinander ausgespielt? Haben wir andere Menschen und Meinungen geachtet? Haben wir das Evangelium bezeugt? Was hätte das konkret heißen müssen? Was bedeutet das für die Zukunft? Haben wir mit öffentlicher, politischer Theologie überirdische Rechtfertigung für unterirdischen Autoritarismus geliefert?

„Panik griff um sich“ (Albert Camus)

Albert Camus beschreibt in „Die Pest“ die Angst, die nicht nur ein individuelles Gefühl, sondern ein kollektives Phänomen ist, das eng mit dem Ausnahmezustand verknüpft ist. Sie beeinflusst das Verhalten der Charaktere und spiegelt die existenziellen Fragen der Menschen. Die Reaktionen auf diese Angst zeigen das Potenzial für menschliche Solidarität und die Gefahr von Traumatisierung und Resignation.

Die Bilder aus Bergamo und die Berichte aus Ischgl beunruhigten uns. Was, wenn diese Bilder sich wiederholen? Das war die Frage im März 2020. Es ist denkbar, dass weltweit die politischen Führungen es schlichtweg mit der Angst zu tun bekamen.

Diese erste Angst war vielen Menschen buchstäblich unter die Haut gekrochen und in die Knochen gefahren. Eine solche Angst ist kein gesundes Alarmzeichen, sondern unheimlich und bedrohlich: Angst vor der Krankheit, dem Tod, dem Kontrollverlust: Solche Angst ist ein schlechter Ratgeber. Panik rettet nicht, sondern gefährdet. Sie wirkt wie ein „Werkzeug des Teufels“, denn sie verwirrt, verstockt, verhindert Vernunft und Rettung. Wir sollten uns im Nachhinein nicht gegenseitig unsere Ängste vorwerfen. Jeder hat andere Ängste und jeder reagiert anders. Aber so weit schonungslos sollten wir sein, dass wir uns von unseren Ängsten erzählen. Welche ist nachvollziehbar? Welche ist berechtigt? Was ist zu vermeiden? Wiederholen darf sich diese Zeit nicht.

Angst prägte nahezu alles

Angst hatten Eltern, ihren Kindern mit positivem Coronatest im Haus zu begegnen. Essen wurde vor der Kinderzimmertür abgestellt, um dem eigenen Kind nicht zu begegnen. Quarantäne im Kinderzimmer. Angst hatten andere, die alten Eltern zu besuchen. Angst hatten Lehrer, Schülern zu begegnen. Angst hatten Senioren vor dem Einkaufen. Angst prägte nahezu alles.

Auch die Leitungen in Kirche und organisierter Diakonie bekamen Angst: Was, wenn in unseren Heimen die Krankheit ausbricht? Was, wenn unsere Mitarbeiter erkranken und sterben? Was, wenn unsere Gottesdienste zum „Hotspot“ für den Tod in Dorf und Stadt werden? Wenn unser Gottesdienst dem Tod selbst das Tor öffnet und die Hölle entfesselt? Und wenn es nur darum geht, dass man fälschlich in einen solchen Verdacht gerät? Ist es da nicht besser, die Maßnahmen mitzuvortreten?



Manche Leute bekamen neben der ersten noch eine andere Angst: Angst vor staatlicher Willkür. Sie proklamierten, worauf Ende April/Anfang Mai auch Wolfgang Schäuble und Wolfgang Huber hinwiesen: Neben dem Recht auf Leben gibt es noch andere Grundrechte. Übergeordnet ist die Menschenwürde. Daran hat sich der gesellschaftliche und staatliche Umgang zu orientieren.¹

Für viele Kritiker kam bald eine weitere Angst hinzu: Angst vor der Polizei, die häufig kleinste Ordnungsverstöße zum Anlass nahm, robust vorzugehen. Dazu Angst vor Diffamierung: „rechts“, „Schwurbler“, „Querfront von Extremisten“, „Coronaleugner“. Oder auch Angst, mit den falschen Leuten zusammen gesehen zu werden. Angst, tatsächlich von Extremisten vereinnahmt zu werden. Und noch einmal eine andere Angst war die Angst sehr vieler Menschen vor denen, die protestierten: man hatte Angst, sie seien egoman, rücksichtslos, lebensfeindlich. Im Privaten kam die Angst vor dem Auseinanderbrechen von Familien, Gemeinden, Vereinen, hinzu. Anders als in allen Streitfragen zuvor, wurde Widerspruch nicht geduldet, von beiden Seiten. Spaltung, die tief hindurchging und bis heute nicht bearbeitet ist.

„Viel hilft viel“. Das schien die Rettung: Maßnahmen groß und gewaltig. Lieber „Opfer bringen“, damit „die Gefahr gebannt“ wird. Mutig galt Politik, wenn sie nach diesem Maßstab verfuhr. Aber jeder Bauer weiß, dass man den Acker so nicht düngt. Zu viel ist zu viel. Das ist nicht nur teuer, sondern Gift. Die Dosis macht das Gift. Der Kampf gegen Krankheit braucht Dosierung.

Blasphemischer Missbrauch christlicher Moral

„Viele hofften (...), die Seuche werde aufhören und sie werde sie und die ihren verschonen. Infogedessen fühlten sie sich noch zu nichts verpflichtet“ (A. Camus)

Die Verleugnung drohender Gefahren ist verantwortungslos. Es war nötig, in der Coronakrise Leichtsin zu vermeiden. Wer Glauben vorschiebt und nachlässig den Tod verschuldet, handelt nicht nur gewissenlos, sondern gefährdet auch die Botschaft der Hoffnung. Bald aber kamen erstaunliche Parolen auf: „Jesus hätte auch Abstand gehalten“; „Jesus hätte auch Maske getragen“; „Jesus wäre auch zuhause geblieben“. Und: „Impfen ist Nächstenliebe“, ist „ein Akt der Solidarität“.

„Jesus“ und „Liebe“ als moralische Zeigefinger: anstelle guter Argumente göttliche Autorität vorzuschieben, das grenzt an Blasphemie. Zumal der Gegensatz offensichtlich ist. „Gott ist Liebe“, sagt die Bibel. Kirche ist organisierte Nähe, um Gottes Liebe in dieser Welt zu leben. Und jetzt sei es Liebe, sich nicht mehr zu sehen, sich zu distanzieren, die Angehörigen einsam sterben zu lassen? Jetzt sei es Liebe und Jesu Wille, mitten in der Traumatisierung keine Seelsorge am Sterbebett, keine Gemeinschaft am Grab, keine Eucharistie anzubieten? Im kategorischen Imperativ formuliert Immanuel Kant: „Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person als auch in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“

Ist es Gottes Wille, unbetroffene Kinder in vermeintlicher Solidarität als bloßes Mittel zum Zweck zu behandeln? Ist es christlich, Andersdenkende als „Feinde“ zu sehen und zu behandeln? Lieber nichts mehr mit dem „Schwurbler“ – oder in der gegnerischen Terminologie: mit dem „Schlafschaf“ – zu tun haben?

Der Ausnahmezustand verändert alles – aber muss es der von Carl Schmitt sein?

Mit Beginn des ersten Lockdowns war schlagartig kein grundsätzlicher Diskurs öffentlich mehr führbar. Zugleich wurde die Spaltung der Gesellschaft oft bestritten. Man hätte sonst zugeben müssen, dass es alternative Positionen gab, die der Auseinandersetzung wert waren. Die Leugnung der Spaltung



war die letzte Immunisierung gegen jede Kritik. Die Kritiker gehörten dann nicht mehr zur Gesellschaft, sondern standen außerhalb. Möglich wurde diese Dissoziierung durch das, was Carl Schmitt 1922 den „Ausnahmestandard“ genannt hat. Seine „Politische Theologie“ beginnt mit dem Satz: „Souverän ist, wer den Ausnahmestandard beherrscht“: In Reaktion auf eine Krise führt der Ausnahmestandard zur Klärung, welche Normen gelten und welche nicht mehr gelten. Die dabei stattfindende Umwertung der Werte ist nach Schmitt am besten theologisch und kirchlich zu begründen. Die Ausnahmesituation polarisiert: schnell klärt sich, wer „Freund“ und wer „Feind“ ist – und das nicht nur auf der Ebene des Staates, sondern durchgehend in der Gesellschaft.²

Um eine solche Situation zu vermeiden, sind später dem Grundgesetz die Grundrechte §§1-19 GG vorangestellt, die auch im absoluten Krisenfall gelten. Jede bereits bloß zeitweise Aussetzung auch nur einer dieser Normen bedarf einer guten, starken Begründung und ist regelmäßig zu überprüfen.

Der italienische Philosoph Giorgio Agamben hat 1995 in seinem Werk „Homo sacer“ das „nackte, schutzlose Leben“ zum Ausgangspunkt politischen Denkens gemacht.³ Agamben kritisiert Schmitt und weist daraufhin, dass der „Ausnahmestandard“ oft als „Normalzustand“ institutionalisiert werde. Für Agamben ist die Erkenntnis entscheidend, dass der Ausnahmestandard kein Recht über das Leben selbst hat. In seinem Römerbriefkommentar „Die Zeit, die bleibt“,⁴ nennt er die Zwischenzeit zwischen Auferstehung und Wiederkunft Jesu „messianischen Ausnahmestandard“. In dieser messianischen Zeit ist das Gesetz suspendiert. Es entsteht ein paradoxer Modus des h?s m? („als-ob-nicht“). Diese messianische Existenzform untergräbt Herrschaft durch radikale Ent-Identifizierung, nicht durch neue normative Setzungen. Agamben entdeckt somit in ausdrücklichem Anschluss an Jacob Taubes und gegen Schmitt die „politische Theologie des Paulus“ neu.⁵

Kirche zwischen Gott und Staat

Hatte der Philosoph und Rabbiner Jacob Taubes Recht, als er in seiner auf Schmitt reagierenden Römerbriefvorlesung über die Kirchen spottete: „Man betet für die Erhaltung des Staates, denn gottbehüte, wenn der nicht bleibt, dann bricht das Chaos an, oder, noch schlimmer, das Reich Gottes! Das wär' das Ärgste, was passieren kann.“⁶

Das ist die Frage: Hat die Wirklichkeit Gottes für uns positive Bedeutung? Wovor haben wir Angst? Welcher Angst stellen wir uns? Rechnen wir mit Gott oder mit dem Staat? Ist es Gott, der nach dem ersten Gebot allein zu fürchten ist – oder gilt unsere Furcht und damit auch unsere Machtzurechnung allein dem unbekanntem Virus? Von welcher Macht ausgehend haben wir gehandelt, geredet, gefragt, Seelsorge betrieben, Gottesdienst gefeiert, uns gegen Unrecht gewehrt und gegebenenfalls dem Staat seine Grenzen aufgezeigt?

Was müssen wir Christen jetzt tun? Luther schrieb am 31.10.1517: „... Jesus Christus ... hat ... gewollt, dass das ganze Leben der Gläubigen Buße sein soll“. Nötig ist: Abkehr von der Rechtfertigung jeder „Alternativlosigkeit“, von blinder Staatsfrömmigkeit, von falscher Ersetzung des Glaubens durch Naturwissenschaft.

Der Ruf „Folgt der Wissenschaft!“ war ohnehin fragwürdig und in seiner scientistischen Orientierung an dem Modell der Expertokratie antidemokratisch. Zudem galten nur sehr wenige handverlesene Wissenschaftler als legitime Vertreter „der Wissenschaft“. Spätestens als RKI-Präsident Wieler im Juli 2020 dekretierte, „diese Regeln dürfen (...) nie hinterfragt werden“,⁷ hätten wir dagegen die These des Staats- und Kirchenrechtlers Hans Michael Heinig diskutieren sollen. Heinig, Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD, hatte im März 2020 zugespitzt, es könne im Sinne des Schmittschen Ausnahmestandes ein „faschistoid-hysterischer Hygienestaat“ drohen.⁸

Vor allem: Die Spaltung der Gesellschaft in Freund und Feind hätte die Kirche nie hinnehmen dürfen.



Nie hätten Kirchenleitungen und wir Pastorinnen und Pastoren das „Panikpapier“ der Bundesregierung⁹ unkommentiert lassen dürfen. Nie hätten wir den autoritären Anspruch von Politikern und vorgeschickten Wissenschaftlern akzeptieren dürfen, alle Regeln und alles „Normal“ neu zu definieren und dabei Menschen „mit und ohne Corona“ im Stich zu lassen. Die außerordentliche Dramatik ist nicht wegzuwischen: Eine ganze Bevölkerung wurde traumatisiert.

Offenlegung kirchlicher Entscheidungsprozesse

„Aber wir konnten doch nicht wissen.“ „Wir mussten doch vertrauen.“ – Das mag sein, was die Zeit im März und April 2020 angeht. Seuchenschutz mag z.B. das Grundrecht auf gottesdienstliche Versammlung „schlagen“. Aber nur für den Moment. Dann muss kritisch nachgefragt werden. Mindestens ebenso brisant sind alle Fragen um die Seelsorge.

Die Kirchenleitungen sind aufgefordert, offenzulegen, warum und wie sie dem ersten Lockdown und seinen Nachfolgern zustimmten. Wer hat gegenüber dem Staat mit wem gesprochen? Gab es kirchliche Einwände, Fragen oder Bedingungen? Gibt es dazu Aufzeichnungen, Protokolle? Gab es eine kirchliche Strategie? Wann, wo und wie hat die Kirche protestiert gegen einsames Sterben, Dahinvegetieren der Dementen in den Demenzstationen, gegen Wegsperrungen der Kinder, Verjagen von Alten und Jungen von Parkbänken, Behindern von freier Meinungsäußerung? Sind kirchliche Mitarbeiter nach kritischer Äußerung disziplinarrechtlich „behandelt“ worden? Rehabilitation ist dringend und zeitnah zu prüfen und umzusetzen!

Kirchenleitungen waren informiert, dass es zweite Meinungen gab über die Krankheit, das Virus, die Maßnahmen.¹⁰ Sie bekamen „aus den eigenen Reihen“ Nachrichten erster Hand über die sich quer zu allen politischen Lagern bildende Protestbewegung und über Demonstrationen, bei denen ganze Demonstrationzüge das Vaterunser gebetet und Kirchenlieder gesungen haben sollen¹¹. Sie hätten Verbindung aufnehmen können. Hätten Kirchenleitungen und Pfarrerschaft sich gemeinsam mit den Evangelischen Akademien ihres Auftrags erinnert, Brücken zu bauen und Räume für herrschaftsfreien Diskurs bereitzustellen, hätte die Freund-Feind-Dissoziierung keine Chance gehabt. Man hätte den jeweils anderen als Gottes Ebenbild zu akzeptieren gewusst und wäre für Versöhnung eingetreten. Das hätte Raum für angstfreie Kommunikation geboten und der öffentlichen Manipulation gewehrt.

Die Stellung der Kirchen und ihrer Leitungen hätte nie in bedingungsloser Solidarität mit Regierung und Staat aufgehen dürfen. Es hätte immer kritische Solidarität bleiben müssen. Wahre Solidarität hätte sich gezeigt, indem Seelsorge auch an Coronakranken auf den Intensivstationen grundsätzlich erkämpft und durchgeführt worden wäre. Und zwar nicht erst irgendwann, sondern schon nach ein oder zwei Wochen im ersten Lockdown.

Glücklicherweise können viele Menschen von wahrer kirchlicher Solidarität berichten: Zahlreiche Gemeinden sowie engagierte Kolleginnen und Kollegen haben mutig und kreativ vorhandene Spielräume genutzt, Verkündigung, Seelsorge und Gemeinschaft für Jung und Alt ermöglicht. So war Kirche an vielen Orten nahe bei den Menschen, spendete Hoffnung und Trost. Zwischenzeitlich haben überdies kirchenleitende Amtspersonen damit renommiert, dass es auch Seelsorgerinnen und Seelsorger gab, die sogar „jenseits des Erlaubten“ Menschen in Krankenhäusern begleiteten und „durch die Keller in die Altenheime geschlichen“ seien.¹² Solche außerordentliche Beispiele, in denen Kollegen für ihren Auftrag Risiken auf sich nahmen, verdienen Anerkennung und Respekt. Umso schärfer sind aber die Fragen gerade an die Leitungen: Wurde das Recht auf Seelsorge öffentlich ausdrücklich eingefordert? Wenn ja, wann und von wem? Wurde damals (!) öffentlich verlässliche Solidarität gezeigt mit denen, die Wagnisse dieser Art eingingen? Wie wurde das deutlich gemacht? Haben sich Kirchenleitungen gegen das Denunziantentum gewandt, das schon geringe Abweichungen riskant machte?



Wahre Solidarität hätte sich auch im Verhalten den Kindern und den Alten gegenüber gezeigt, gegenüber den Alleinerziehenden, gegenüber Jugendlichen, die in Parks von Polizisten verfolgt wurden, weil sie irgendwelche Vorschriften nicht eingehalten hatten: Wenn Eltern mit Kindern beim Rodeln mit Ordnungsgeldern belegt werden, weil sie im Schnee keine Maske aufhaben, dann müssen Bischöfinnen und Bischöfe mit den Verantwortlichen Schlitten fahren. Ohne Maske und Abstand!

Wer Innovation als Heil erwartet, wird blind für ethische Inkonzernenz

Den World Health Summit 2021 eröffnete Stefan Oelrich, Vorstand der Bayer AG, am 16.11.21 in Berlin wie folgt: „Letztendlich sind die mRNA-Impfstoffe ein Beispiel für Zell- und Gentherapie. (...) Wenn wir vor zwei Jahren eine Umfrage in der Öffentlichkeit durchgeführt hätten, ob Sie bereit wären, eine Gen- oder Zelltherapie zu nehmen und sie in Ihren Körper zu injizieren, hätten wir wahrscheinlich eine Ablehnungsrate von 95% gehabt. Ich denke, diese Pandemie hat auch vielen Menschen die Augen für Innovationen geöffnet, die vorher vielleicht nicht möglich waren.“¹³

Die Kirche hätte sich nie der Propagierung pharmazeutischer Produkte hingeben dürfen. Spätestens als klar wurde, dass die medizinische Heilserwartung nicht nur nahezu ungetesteten Wirkstoffen, sondern einer innovativen „Gen- oder Zelltherapie“ galt, hätten die Alarmglocken läuten müssen.

Warnt die Kirche wenigstens jetzt? Egal, ob diese Injektionen sicher und wirksam sind oder nicht: Wir haben eine ganze Geschichte grundlegender Kritik zu Gentechnik: sei es auf dem Feld, im Stall oder auf dem Teller. Akzeptieren wir jetzt Gen-Therapien ohne jede Debatte als normal? Nimmt die Kirche kritisch Stellung zur „Gain of Function“-Forschung, die Viren gefährlicher macht?¹⁴ Müsste so etwas nicht verhindert werden, egal, ob das konkrete Virus aus derartiger Forschung stammt, oder nicht? Das Schweigen von Kirchenleitungen und kirchlichen Ethik-Spezialisten ist unverständlich.

„Nichts im Übermaß“ (Orakel von Delphi)

Wo das Maß verloren geht, wird alles maßlos. Manche Kritiker argumentierten in der maßlosen Situation des Ausnahmezustands unangemessen, maßlos, aggressiv oder anachronistisch. So war z.B. das „Corona-Regime“ nicht mit der DDR oder dem Dritten Reich gleichzusetzen. Aber dass Menschen sich in dieser Situation von Texten aus christlichem Widerstand angesprochen fühlten, ist nachvollziehbar. Zwar hatte das „Corona-Regime“ keine Fahne, kein Hakenkreuz, keinen Hammer und keine Sichel und auch sonst nichts programmatisch Eindeutiges: Uniformierung in Gestalt der Masken war gegeben, Einschüchterung und einseitige Presse prägten das Bild. Und niemand war da, der diejenigen, die skeptisch und verzweifelt waren, tröstete. Wo war die Kirche? Wo der grundsätzliche Protest dagegen, dass eine derartige gesellschaftliche Dystopie zugelassen wurde, egal wie gefährlich die Krankheit sein mochte?

Wenn wir als Kirche es ernst meinen mit dem Engagement gegen Rechtsextremismus, dann sollten wir zunächst dem eigenen Konformismus begegnen. Wir haben mitgemacht bei dem blassen, aber autoritären „Extremismus der Mitte“, wie man den Ausnahmezustand nennen könnte, der vielen Menschen das Vertrauen in die Kirche, die Politik, die Medien geraubt hat. Nach den vermeintlich alternativlosen Einschränkungen der Menschenwürde halten zunehmend mehr Menschen den Links- oder Rechtsextremismus für hinnehmbar oder relativ harmlos. Wer dem wehren will, muss aufarbeiten: nicht oberflächlich, sondern kritisch, unbequem und drängend! Man bedenke: Die AfD wird das Thema über Jahre durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse treiben. Soll man das denen einfach überlassen?¹⁵

Es gilt der Grundsatz Jesu: Nur die Wahrheit wird uns freimachen! Wenn wir als Kirche wieder



Vertrauensanker werden möchten, müssen wir unser eigenes Versagen aufklären: Es geht dabei auch um Umkehr und die Bitte um Entschuldigung. Wir müssen offen miteinander reden, auf diejenigen wieder zugehen, die wir beispielsweise mit 2G aus der Gemeinschaft von Wort und Sakrament herausgetrieben haben.

Wir müssen als Kirche aufstehen und bekennen: „Wir haben Schuld auf uns geladen.“ All die Maßlosigkeiten sind gemeinsam neu zu bewerten. Für Aufklärung dürfen dabei nicht die zuständig sein, die Entscheidungen getroffen und einseitig beraten haben. Glaubwürdige Kritiker sind nicht nur zu rehabilitieren, sondern gerade in die Aufklärungsarbeit zentral einzubinden.

Fazit: Relevanz und messianische Berufung der Kirche

Die Frage in der Krise durfte nicht sein: „Sehen andere uns als systemrelevant?“ Sondern: „Welche Aspekte des Glaubens sind von uns genau jetzt mit Nachdruck zu vertreten?“ Theologie als Leitwissenschaft zur Lagebeurteilung war viel zu wenig sichtbar. Naturwissenschaften, Aktivismus, pharmazeutische Utopien und politische Parteilichkeit prägten die kirchlichen Positionierungen.

Wer Christus vertraut, stellt aber alles menschliche Angstmachen infrage. Zugleich werden Allmachtsphantasien von „nie zu hinterfragenden Maßnahmen“ und Illusionen von erzwungenem, selbstgemachtem Heil unglaubwürdig. „Nacktes, schutzloses Leben“ als Kollateralschaden im Stich zu lassen und Menschen in Freund und Feind einzuteilen, passt vielleicht zum abgründigen „Neuen Normal“ von Carl Schmitt, gewiss aber nicht zur neuen Wirklichkeit von Jesus Christus.

Es ist eine Schicksalsfrage für die Kirche: Hegt sie die feste Absicht, künftig Distanz und Abstand zu halten zu den dystopischen Kräften und Mächten, die sich in den Krisen dieser Welt selbst zum Souverän aufschwingen und eigenmächtig Schutz, Ordnung und Menschenwürde außer Kraft setzen? Ist sie in der Lage, auch und gerade im Ernstfall glaubwürdig den Himmel zu bezeugen und damit gleichzeitig das Humanum zu verteidigen?

„In der Welt habt ihr Angst“, sagt Jesus, „aber ich habe die Welt überwunden“. Wenn wir im Vertrauen auf Christus dem längst angebrochenen „messianischen Ausnahmezustand“ entsprechend handeln, dann ist die Kirche systemrelevant, dann ist sie erkennbar, dann macht es einen Unterschied, ob sie da ist oder nicht. Wenn sie erkennbar erkenntnisleitend fragt, „was Christum treibt“, dann liefert sie existentielle Orientierung, auch für die Politik.

Die Zeit verrinnt. Die Frist, die bleibt, gehört dem neuen Tun: aufarbeiten, umkehren, versöhnen, heilen! „Wird die Kirche sich endlich entschließen, ihre historische Gelegenheit zu ergreifen und ihre messianische Berufung wieder aufzunehmen? Andernfalls riskiert sie, hineingezogen zu werden in den Ruin, der alle Regierungen und alle Institutionen der Erde bedroht“ (G. Agamben).¹⁶

Anmerkungen

*?Vgl. Thomas A. Seidel/Sebastian Kleinschmidt (Hg.), Angst, Glaube, Zivilcourage. Folgerungen aus der Coronakrise, Holzgerlingen 2025, darin: Wichard von Heyden: Angst, Glaube, Zivilcourage. Was kennzeichnet die messianische Berufung der Kirchen in Pandemie und Panik?, 266-278. Armin Laschet, damals als Ministerpräsident und Kanzlerkandidat an den Entscheidungen beteiligt, stellte das Buch am 12. Juni 2025 in Berlin der Öffentlichkeit vor.

1?https://www.tagesspiegel.de/politik/schauble-will-dem-schutz-des-lebens-nicht-alles-unterordnen-7507174.html; https://www.nzz.ch/meinung/wolfgang-huber-das-leben-ist-nicht-das-einzige-grundrecht-ld.1555310.



2?Carl Schmitt, Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin 1922.

3?Giorgio Agamben, Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt/M. 2002 (ital. Turin 1995).

4?Giorgio Agamben, Die Zeit, die bleibt. Ein Kommentar zum Römerbrief. Frankfurt/M. 2006.

5?Jacob Taubes, Die politische Theologie des Paulus, posthum München 1993 (Hg.: J. und A. Assmann).

6?Ebd., 97.

7?<https://www.deutschlandfunk.de/mehr-covid-19-faelle-in-deutschland-rki-praesident-die-100.html>.

8?<https://verfassungsblog.de/gottesdienstverbot-auf-grundlage-des-infektionsschutzgesetzes/>. Schmitt hat aber in einer Sache recht: es kommt nicht auf Information durch Experten an, sondern auf Methode, in der die Entscheidung herbeigeführt wird. Szientismus und Expertokratie dienen häufig genug nur der Abschirmung der Entscheidung vor demokratischer Kritik.

9?Zitiert in DPfBl 1/2025, 17: von Heyden, Nie wieder ein neues Normal (www.deutsches-pfarrerblatt.de).

10?Überall abrufbar war Hendrik Streecks Heinsberg-Studie. Ebenso die unterschiedlichen Beiträge von Bhakdi, Wodarg, Homburg, Schrappe, später die Great-Barrington-Declaration und vieles mehr. – Vgl. auch die „Berlin-direkt“-Sendung vom 10.5.2020, in der die wichtigsten Kritikpunkte von führenden Wissenschaftlern vorgetragen wurden. Danach wurde die Berichterstattung über alternative Sichtweisen weitgehend eingestellt. Heute wissen wir, dass vieles keine alternative Sicht war, sondern dem Stand des RKI entsprach.

11?Pfarrer Winrich Scheffbruch berichtete in idea.de am 4.5.2020 über eine Demonstration in Stuttgart. Dieser Bericht dürfte allen Kirchenleitungen vorgelegen haben. Nach der Großdemonstration in Berlin am 1.8.2020 berichtete Pfarrer Thomas Dietz (Schönfeld/Uckermark). Sein Text ging nicht nur an seine Kirchenleitung, sondern wurde von Kollegen auch in weitere Kirchenleitungen getragen. Nachzulesen bei: <https://www.christenstehenauf.de/wie-ich-den-1-august-in-berlin-erlebte-ein-pastor-gibt-seine-eindruecke-der-ersten-grossdemo-in-berlin-gegen-die-massnahmen-wieder/>. Vgl. auch die offenen Briefe und Stellungnahmen von Dietz bei idea.de, siehe auch www.kirche-schoenfeld.org.

12?So Petra Bahr, damals Regionalbischöfin in Hannover in „Idea“ vom 26.2.2023 (Corona: Kirche verhielt sich „gnadenlos“ gegenüber Ungeimpften) und in evangelisch.de vom 19.5.2021 (Petra Bahr: Menschen alleine sterben zu lassen war „größte Schuld“). Bahr saß auf Vorschlag der CDU im Deutschen Ethikrat. Nach meiner Mitschrift sagte sie noch bei einer Kirchenkreiskonferenz am 8. Juli 2020 in der Klosterkirche Barsinghausen auf die Frage nach Menschenwürde und nötiger Seelsorge wörtlich: „Zwischen die Bundesregierung und mich passt kein Blatt Papier“. Insgesamt ist mir von kirchenleitenden Stellen aus der Zeit kein öffentlicher Protest gegen die Übergriffe des Staates in den Bereich des Privaten, der Seelsorge und der Religionsfreiheit bekannt. Es gilt: Wer immer in jenen Tagen „durch die Keller der Altenheime“ ging, um Menschen nicht allein zu lassen, verdient höchste Anerkennung. Zugleich ist zu fragen: Konnte man in Seelsorge und Verkündigung im Konfliktfall wirklich auf die Unterstützung der Landeskirchen bauen, wenn man so oder ähnlich handelte?

13?<https://youtu.be/18Mp46TK3kU?si=olyu9VgPNIUPCVxz>. Dt. Übersetzung: v. Heyden.

14?<https://www.cicero.de/aussenpolitik/hamburger-erklarung-2022-gain-of-function-wuhan-corona-drosten-wiesendanger>



15? Beispielhaft: <https://www.cicero.de/kultur/gain-of-function-forschung-covid>. Was hier bezogen auf gain-of-function genannt wird, lässt sich auf unzählige Aspekte der Krise übertragen. Je mehr und je länger eine ernsthafte Aufarbeitung behindert und delegitimiert wird, desto stärker steht die AfD da, sofern sie in diesem Themenfeld sachorientiert arbeitet. Wer das nicht will, muss das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen.

16? Kirche und Herrschaft, in: Epiphania Egreria 4,2; Freiburg/Schweiz 2011, 62f.

? Wichard von Heyden

Aufarbeitung der Erfahrungen aus der Coronazeit – auch eine innerkirchliche Angelegenheit?

Mit dem Beitrag von Dorothea Wendebourg im Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrerblatt 8/2024 begann eine Debatte zur kirchlichen Aufarbeitung der Coronazeit, die dann durch einen Artikel von Wichard von Heyden im Januar 2025 weitergeführt wurde. Beide Texte hatten nicht die Absicht, selbst einen Beitrag zur Aufarbeitung zu leisten, sondern wollten eher die Notwendigkeit hiervon anmahnen.

Es hat im Anschluss eine teils vehemente, online geführte Diskussion gegeben. Bei derlei Online-Kommentierungen besteht die Gefahr, dass die Diskutanten rasch vom vorgegebenen Thema abweichen und den Blick auf anderes, zum Teil Nebensächliches richten. Der Herausgeber des Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrerblatts, der Vorstand des Verbandes Evang. Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland, hat sich daher im Einvernehmen mit der Schriftleitung darauf verständigt, die Kommentierungsfunktion nach einer gewissen Zeit wieder zu schließen – nicht um eine Diskussion abzuwürgen, sondern um ihr weitere konstruktive Impulse verleihen zu können.

Bereits damals gab es die Perspektive, den ersten, eher auf die gesellschaftspolitische Dimension ausgerichteten Teil durch einen zweiten, mehr kirchenpolitischen zu ergänzen, und es bestand die Hoffnung, diesen in eine laufende Debatte einzuspeisen. Schriftleitung und Redaktionsbeirat haben verschiedentliche Versuche unternommen, ergänzende und auch konträre Positionen zum Text von von Heyden zu gewinnen. Leider waren diese Bemühungen bislang nicht vom Erfolg gekrönt. Es konnte lediglich eine eher kurze Erwiderung von Günter Renz in der Aprilausgabe veröffentlicht werden. Dennoch erscheint die Debatte dem Verband wie auch der Schriftleitung und dem Redaktionsbeirat dringend erforderlich, freilich ergänzt und erweitert um einige Desiderata, die bislang noch nicht angesprochen, geschweige denn behandelt wurden. Der Redaktionsbeirat hat sich daher entschlossen, mit einer eigenen Einlassung die Debatte weiter anzuregen.

Parallel dazu entwickelte sich ein Buchprojekt des Brockhaus-Verlags: „Angst, Glaube, Zivilcourage. Folgerungen aus der Corona-Krise“, herausgegeben von Thomas A. Seidel und Sebastian Kleinschmidt. Wendebourgs Artikel ist dort ebenso eingeflossen wie zahlreiche weitere Beiträge, so auch der hier vorgelegte Essay von Wichard von Heyden in einer früheren Version. Unter den Autoren befinden sich ferner der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier sowie renommierte Mediziner, Ethiker, Theologen und Publizisten wie Klaus Stöhr, Detlev H. Krüger, Andreas Radbruch, Thomas Voshaar, Frauke Rostalski, Rochus Leonhard, Christine Lieberknecht, Kristina Schröder, Alexander Kissler und andere. Ziel des im Juni erscheinenden Buches ist es, zur „Inventur“ beizutragen, in Kirche und Diakonie hineinzuwirken und dem demokratischen Miteinander zu dienen, das in der Coronazeit empfindlich gelitten hat.*

? Peter Haigis



Ein Wort zur Sache

Zweimal im Jahr trifft sich der Redaktionsbeirat dieses Blattes. Wir sprechen über Manuskripte und Projekte für kommende Ausgaben des Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrerblattes, aber auch über Artikel der vergangenen Monate. Schön finden wir, wenn ein Gespräch in Gang gebracht wurde, Leserinnen und Leser ihre Sicht und Erfahrungen einbrachten. Denn für Gespräch und Austausch, Nach- und Weiterdenken unter Kolleginnen und Kollegen ist das Blatt da, egal, ob dieses Gespräch digital auf der Internetseite oder analog als Leserinnen- und Leserbrief in der Druckausgabe stattfindet.

Wichard von Heyden hat mit seinem Artikel im Januarheft Diskussionen angestoßen, die wir nur teilweise erfreulich finden können. Der Zorn gegen den Artikel war zu oft so groß, dass die Veröffentlichung in Frage gestellt wurde, die Begeisterung anderer für ihn trieb zu geradezu ultimativen Forderungen nach Fortsetzung des Themas. Beides verstößt gegen Standards redaktioneller Freiheit, die wir für nötig halten. Wir hätten gern mit weiteren Artikeln gewartet, bis die EKD ihre Aufarbeitung von Corona publiziert. Das aber wird wohl mindestens bis in den Herbst dauern.

Deswegen findet sich in dieser Ausgabe ein fortführender Essay von Wichard von Heyden, für den wir uns eine bessere Art der Diskussion wünschen. Vielleicht helfen die folgenden Fragen, sachlich zu diskutieren und eigene Erfahrungen einzubringen: ? War das Verbot öffentlicher Gottesdienste nötig und richtig? ? War es unumgänglich, Pfarrerinnen und Pfarrer vom Besuch in Altenheimen und vom Beistand bei Sterbenden auszuschließen? ? Hätte man einen Unterschied zwischen hauptamtlichen Seelsorgerinnen und Seelsorgern und Kolleginnen und Kollegen, die als Gemeindepfarrer ein Heim mitbetreuen, machen sollen? ? Kann solch ein Dienst angeordnet werden, wenn Kolleginnen oder Kollegen Bedenken wegen eigener Gesundheit haben? Muss ein Verbot auch für die gelten, die auf eigenes Risiko diesen Dienst tun wollen? ? Zum Stichwort „kirchliche Maßnahmen“: Welche „Kirche“ ist gemeint – die EKD, die Landeskirche, das Dekanat? Wer ist „die Kirche“? Geht es um Ratschläge, Verordnungen und Gebote von Kirchenleitungen oder um den Stil, mit dem Maßnahmen durchgesetzt werden sollten oder zu spät kamen? Wo fühlte sich jemand allein gelassen mit Entscheidungen, wo bevormundet? ? Wie weit muss Kirche sich staatlichen Regelungen fügen? Kann sie für ihren Bereich eigene Regeln machen und ist also ein Raum, in dem eigenes Recht gelten kann? Oder wird sie so zum Staat im oder neben dem Staat? ? Könnte es sein, dass wir eine Art neue Zwei-Regimenten-Lehre brauchen, nach der im Raum der Kirche andere Regeln gelten als im Staat? ? Wo es Konflikte gab – hat Corona sie verursacht oder nur lange vorhandene Bruchlinien sichtbar gemacht? Waren z.B. die Formate alternativer Verkündigung, die sich Kolleginnen und Kollegen ausdachten, ohnehin nötig und sind auch nach Corona ein Gewinn für die Zukunft der Verkündigung?

Die Fragen sind Anregungen. Wir bitten, die Diskussion inhaltlich zu führen und zwischen eigenen Be- und Empfindlichkeiten oder Verletzungen und der allgemeinen Lage zu unterscheiden. Vielleicht trägt das Ergebnis auch zur Erkenntnisfindung der EKD bei.

Alle Diskutantinnen und Diskutanten sollten einander mit der Liebe begegnen, von der Paulus der Gemeinde in Korinth ein großes Lied singt. Ob Paulus Erfolg hatte, muss zweifelhaft bleiben – wir könnten mit einer solchen anders geführten Diskussion beispielhaft für die Zukunft der Gesellschaft sein.

? Für den Redaktionsbeirat Uta Liebe, Claudia Trauthig, Martin Ost, Martin Schuck



www.pfarrerverband.de

Die Internetseite für evangelische Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland

Deutsches Pfarrersblatt, ISSN 0939 - 9771

Herausgeber:

Geschäftsstelle des Verbandes der ev. Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland e.V

Heinrich-Wimmer-Straße 4

34131 Kassel